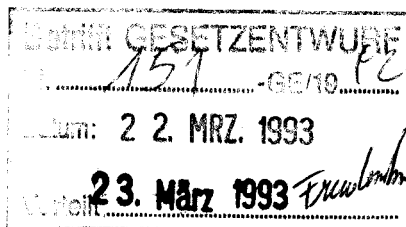


UNIVERSITÄT SALZBURG
Universitätsdirektion

SALZBURG, am 17.3.1993
RESIDENZPLATZ 1, TELEFON 0662/8044-0
DVR Nr. 0079481
SACHBEARBEITER:
FI Hirsch, Kl. 2005

Zl.: 16 060/25-93

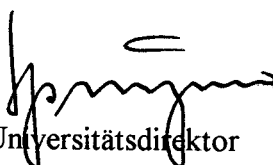
An das
Präsidium des
Nationalrates
Dr. Karl-Renner-Platz 3
A-1017 Wien



Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes über die
Organisation der Universitäten (UOG 1993)
Bezug: BMfWuF GZ. 68.153/283-I/B/5B/93
vom 3. Dezember 1992

Unter Bezugnahme auf den Erlaß des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung vom 3. Dezember 1993, GZ 68.153/283-I/B/5B/93, werden die eingelangten Stellungnahmen vorgelegt.

Beilagen


Universitätsdirektor

UNIVERSITÄT SALZBURG
INSTITUT FÜR ANGLISTIK UND AMERIKANISTIK
A-5020 SALZBURG, AKADEMIESTRASSE 24
AUSTRIA

TELEFON (0 662) 80 44 / 44 00 bis 44 26

TELEFAX (0 662) 8044 - 401

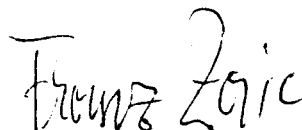
Salzburg, 26.1.1993

O.Univ.-Prof.Dr. Franz Zaic
Institutsvorstand

An das
Dekanat der
GW Fakultät
Mühlbacherhofweg 6
5020 Salzburg

Betrifft: UOG 1993

Beiliegendes Schreiben von Herrn O.Univ.-Prof.Dr. H.M. Klein an
das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wird auf dem
Dienstweg weitergeleitet.



O.Univ.-Prof.Dr. Franz Zaic
Institutsvorstand


UNIVERSITÄT SALZBURG

GEISTESWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT 

Zl. 119/93

Urschriftlich der Universitätsdirektion mit der
Bitte um Weiterleitung an das Bundesministerium
für Wissenschaft und Forschung vorgelegt.

Salzburg, 27.1.1993

UNIVERSITÄT SALZBURG	
Zl. 16060/7-13	
GESEHEN	
und in Urschrift dem	
Bundesministerium für	
Wissenschaft u. Forschung	
in Wien	
vorgelegt.	
Salzburg, am 28. Jan. 1993	
1 Beilagen	
 Rektor	

+ 2. Feb. 1993



D e k a n

UNIVERSITÄT SALZBURG

INSTITUT FÜR ANGLISTIK UND AMERIKANISTIK

A-5020 SALZBURG, AKADEMIESTRASSE 24

TEL.: 43 - 0662 - 8044/4402 or 4422, FAX: 43 - 0662 - 8044 - 401

AUSTRIA

Professor H.M. Klein

SALZBURG, 25. Januar 1993

An den Bundesminister
für Wissenschaft und Forschung
Herrn Dr. Erhard Busek
Minoritenplatz 5
1014 Wien

H. UOG 1993

auf dem Dienstwege

Sehr geehrter Herr Minister,

Die Geisteswissenschaftliche Fakultät der Universität Salzburg hat eine EntschlieÙung zum Gesetzentwurf UOG 1993 angenommen, der ich mich voll anschloÙ und die Ihnen zweifellos bald zugehen wird. Inzwischen möchte ich aber doch zu einigen Punkten, die mir besonders am Herzen liegen, als Einzelner Stellung nehmen - Sie haben ja wiederholt solche Stellungnahmen ermutigt, in der Tat allgemein angefordert. (Allgemein darf ich auf meine diesbezüglichen Schreiben von Herbst 1991 verweisen, die sich mit dem Vorgänger des gegenwärtigen Entwurfs befaÙten.)

1. Zusammensetzung der Habilitationskommissionen: § 25, Absatz 2
Hier wird die bisherige Zusammensetzung perpetuiert - und damit ein Zustand, der in Europa einmalig sein dürfte: daÙ nämlich eine Kommission, die über eine akademische Qualifikation zu befinden hat, überwiegend aus Personen bestehen kann, die diese Qualifikation selbst nicht besitzen. Es wäre unbedingt an der Zeit, dieser wissenschaftlich unvertretbaren Situation ein Ende zu bereiten, indem man durch Neufassung dieses Absatzes explizit sicherstellt, daÙ Professoren und Dozenten, also Habilitierte, die Mehrheit in Habilitationskommissionen haben. Somit rate ich, unter Wahrung der in manchem durchaus nützlichen (aber z.B. in Deutschland, Frankreich und der Schweiz undenkbaren) Breite der Zusammensetzung, zu einer Abänderung wie folgt:

Vorgeschlagene Neufassung § 25, Absatz 2:

"Der Dekan hat nach Konsultation des Fakultätskollegiums eine Habilitationskommission einzusetzen. Der Habilitationskommission gehören an:

1. Ein Ordentlicher Universitätsprofessor als Vorsitzender
2. Vertreter der Universitätsprofessoren
3. Habilitierte Universitätsassistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter in halber Zahl der Vertreter gemäß Ziffer 1.
4. Andere Vertreter der Universitätsassistenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter in halber Zahl der Vertreter gemäß Ziffer 1.
5. Vertreter der Studierenden in halber Zahl der Vertreter gemäß Ziffer 1."

2. Studienkommissionen: § 38, Absatz 5

Nach meiner einjährigen Erfahrung mit einer Studienkommission eines Instituts zu urteilen, hat sich die bisherige Zusammensetzung einigermaßen bewährt. Mit dem Absatz 5 wird das bisherige Zahlenverhältnis, das sicherstellt, daÙ die akademisch

Lehrenden die Mehrheit haben, umgeworfen. Dies ist wiederum in Europa einmalig und läßt sich nicht vertreten. Der gleichfalls zur Zeit vorgelegte Gesetzentwurf zur Neuordnung der Studienrichtungen in den Geisteswissenschaftlichen und Naturwissenschaftlichen Fakultäten tut viel, um die Mindestanforderungen in Österreich dem in anderen europäischen Ländern übliche Niveau anzunähern. Mit einer Bestimmung wie Absatz 5 des vorliegenden Entwurfs wird diese löbliche Richtungsänderung wieder gefährdet. Ich möchte dringend raten, den Absatz 5 zu streichen.

3. Institute: § 41, Absatz 3, Ziffer 3:

Diese Ziffer setzt eine Institutsgröße voraus, die in den geisteswissenschaftlichen Fächern nicht immer gegeben ist - falls Sie nicht, geehrter Herr Minister, weitreichende Stellenaufstockungen planen sollten. Da ich selbst an einem Institut lehre, das hiermit keine Probleme hat, kann ich umso unbefangener gegen diese Regel argumentieren. Kleinere Institute können in unseren Fächern sehr wohl existieren und ausgezeichnete Arbeit leisten. Zusammenlegungen sind hier meistens nicht sinnvoll, Auflösungen von Instituten nagen an der Substanz der Universität, der *universitas*, was auch für verbleibende Fächer viele nachteilige Konsequenzen haben würde. Ich würde raten, diese Ziffer zu streichen.

4. Institutskonferenz: §42 und Institutsvorstand, § 43:

Es ist uns allen an einer rationellen und effizienten Arbeit gelegen. Sie ist nur dann gewährleistet, wenn alle am Institut tätigen Professoren Mitglieder der Institutskonferenz sind, und wenn der Institutsvorstand den Vorsitz der Institutskonferenz führt. Die vorgesehene "Zweigleisigkeit" auch auf dieser Ebene programmiert geradezu Verantwortlichkeitsdiffusion und in der Tat andauernde Konflikte. Wohin man in Europa umsehen auch blickt, kann man mühelos feststellen, daß es normale Praxis bedeutet, daß die akademisch führenden Institutsmitglieder auch in die Institutsleitung einbezogen sind und daß eins von ihnen den Vorsitz innehat.

Vorgeschlagene Neufassung § 42, Absatz 3, Ziffer 1:

"Alle am Institut tätigen Universitätsprofessoren."

Vorgeschlagene Neufassung §42, Absatz 3:

"Der Vorsitzende der Institutskonferenz ist von dieser für eine Funktionsperiode von zwei Jahren aus dem Kreis der habilitierten Institutsmitglieder zu wählen."

Vorgeschlagene Neufassung § 42, Absatz 4:

"Gleichzeitig mit der Wahl... aus dem Kreis der habilitierten Institutsmitglieder..."

Vorgeschlagene Neufassung § 42, Absatz 5:

"Der Institutsvorstand ist zugleich Vorsitzender der Institutskonferenz."

Vorgeschlagene Neufassung § 43, Absatz 1, Ziffer 1:

"Führung der laufenden Geschäfte des Instituts und Vorsitz der Institutskonferenz".

5. Dekane, Fakultätskollegium, Rektor, Senat: §45,46; 48,49,50:

Das gleiche Organisationsprinzip herrscht in allen übrigen Systemen, die ich kenne: praktische und wirksame Organisation ist möglich, wenn der Dekan Vorsitzender des Fakultätskollegiums ist, der Rektor Vorsitzender des Senats. Ich habe in 4 Universitäten auf Dauer gearbeitet, war in 4 anderen längere Zeit Gast. In keinem mir aus direkter Erfahrung bekannten System (England,

Frankreich, Deutschland, Elfenbeinküste) hat man eine Konstruktion ergriffen wie die nunmehr in Österreich vorgesehene, die eine straffe Durchführung von Planung und Verwaltung (die ja an sich Ziel des Gesetzentwurfs sind) dermaßen erschwert, in der Tat potentiell unmöglich macht. Daher möchte ich raten zu einer durchgreifenden Änderung wie folgt:

Vorgeschlagene Neufassung § 45, Absatz 4:

"Der Vorsitzende des Fakultätskollegiums ist der für eine Funktionsperiode von zwei Jahren aus dem Kreis der ihm angehörigen Universitätsprofessoren gewählte Dekan".

§ 45, Absatz 5: streichen

Vorgeschlagene Neufassung § 46, Absatz 1:

"1. Führung der laufenden Geschäfte der Fakultät und Vorsitz des Fakultätskollegiums".

§ 46, Absatz 3 und 4: streichen

Vorgeschlagene Neufassung § 46, Ziffer 3 und 4:

"Der Dekan ist zugleich Vorsitzender des Fakultätskollegiums"

"Die Vizedekane sind Vollmitglieder, der Rektor beratendes Mitglied des Fakultätskollegiums".

§ 48, Absatz 1, Ziffer 1: streichen

Vorgeschlagene Neufassung § 48, Absatz 3:

"Der Vorsitzende des Senats ist der Rektor. Die Vizerektoren und die Dekane sind Vollmitglieder des Senats."

Vorgeschlagene Neufassung § 50, Absatz 1:

"Die Funktion des Rektors ist ein Jahr vor Freiwerden der Stelle vom Senat öffentlich zur Besetzung auszuschreiben. Die eingelangten Bewerbungen sind vom Senat zu bewerten. Der Senat stellt eine drei Namen umfassende Liste für die Wahl auf."

Vorgeschlagene Neufassung § 50, Absatz 2:

"Der Rektor ist von der Universitätsversammlung aus dem Dreivorschlag des Senats zu wählen."

Durch die letzterwähnten Vorschläge wird auch der größeren Autonomie der Universitäten, die zum Beispiel im Vergleich zu Großbritannien noch immer sehr schmal ist, etwas vorangeholfen, was ja gleichfalls im Sinne des Reformentwurfes ist.

Ein so langer Gesetzentwurf enthält natürlich viele Einzelbestimmungen, zu denen man sich Gedanken macht. Ich habe hier nur die mir als am wichtigsten erscheinenden Punkte aufgeworfen und hoffe, daß es etwas nützt. Andere werden hoffentlich zu anderen sich äußern.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

H776